

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15990
Dienstag, 09. Februar 2021

Kürzere Transportwege: EU will Hofschlachtungen erleichtern	1
Strasser bekräftigt: Nein zu Handelsabkommen Mercosur	2
Landwirtschaftsausschuss diskutierte Grünen Bericht 2020 und stagnierende Einkünfte	3
Aufzeichnungspflichten im ÖPUL und Verbotszeiträume bei der Stickstoffdüngung	4
Biomasse-Verband begrüßt Kesseltausch-Offensive	5
Energieagentur: Abschied von Öl- und Gasheizungen bringt viele Vorteile	6
EU-Schlachtrindermarkt: Notierungen überwiegend stabil	7
Kartoffelmarkt: Inländische Händler gut mit Ware versorgt	8
OÖ Bauernbund: AMA-Gütesiegel steht für 100% Österreich	8
LK Burgenland zu neuen Einreisebedingungen für Pendler	10
Grabmann: Österreichische Bio-Landwirtschaft braucht weiterhin Perspektiven	10
Weißrussland baute 2020 Agrarexporte aus	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Kürzere Transportwege: EU will Hofschlachtungen erleichtern

Europaparlamentariern geht Vorschlag nicht weit genug

Brüssel, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Die EU-Kommission mahnt kürzere Transportwege für Schlachttiere in ihrer "Farm to Fork"-Strategie an. Mehr Hofschlachtungen sollen dazu einen kleinen Beitrag leisten, die dem Europaparlament aber nicht weit genug gehen. Die Vorstellungen über verkürzte Transportwege von Schlachtvieh zwischen Europäischem Parlament und EU-Kommission sind unterschiedlich. So möchten die EU-Abgeordneten die früher übliche hofnahe Schlachtung und Fleischverarbeitung wiederbeleben. Nach ihrer Ansicht sollte das zu einem wichtigen Element einer lokalen Vermarktung von Lebensmitteln werden. Die EU-Kommission kann sich dagegen nur eine vereinzelte Schlachtung von Großvieh auf den Höfen im Sinne des Tierschutzes vorstellen. Im Anhang der EU-Verordnung für die Lebensmittelhygiene will die EU-Kommission deshalb neben dem Einsatz von mobilen Schlachtfahrzeugen auf der Weide auch deren Einsatz im Betrieb zu lassen. An ein Modell der hofeigenen Fleischverarbeitung und Direktvermarktung denkt die EU-Kommission dagegen nicht. * * * *

Landwirte dürfen zukünftig einige Schweine und Rinder auf ihren Betrieben schlachten lassen, erklärte **Eric Thévenard** von der Generaldirektion für Gesundheit der EU-Kommission im Agrarausschuss des Europaparlaments. Die EU-Kommission werde dazu im März einen Vorschlag vorlegen. Der delegierte Rechtsakt sieht vor, dass Landwirte drei Rinder oder sechs Schweine pro Schlachtgang auf ihren Betrieben betäuben und ausbluten lassen dürfen, führte Thévenard aus. Die toten Tiere müssten dann innerhalb von zwei Stunden zu einem Schlachthof transportiert und dort ausgenommen werden. Die neuen Vorschriften für Hofschlachtungen sollten vor allem dem Wohl von Rindern dienen, die kaum an den Umgang mit Menschen gewöhnt seien, erklärte der Kommissionsmitarbeiter. Die EU-Kommission müsse die Ausnahme vom grundsätzlichen Schlachtverbot für Großtiere auf den Höfen aber mengenmäßig begrenzen. Schließlich sei die Hygiene im Schlachthof besser als am Bauernhof. Die Fleischschau von einem Veterinär sei deshalb auch bei der Hofschlachtung notwendig, um Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit nicht zu mindern, so Thévenard.

Der geplante Vorschlag der EU-Kommission wurde im Agrarausschuss von Europaabgeordneten über alle Fraktionen hinweg kritisiert. Vor allem die Forderung der EU-Kommission, dass ein Veterinär die Hofschlachtung überwachen soll, lehnen die Abgeordneten ab. Dadurch entstünden Kosten, die die Hofschlachtung und damit die kürzeren Wege von vornherein zum Scheitern bringen, war man sich im Agrarausschuss des Europaparlaments einig. "Wir werden uns den Vorschlag genau anschauen", warnte der Ausschussvorsitzende **Norbert Lins** (CDU). Nach seiner Ansicht nimmt die EU-Kommission mit ihrem halbherzigen Vorschlag ihre eigene "Farm to Fork"-Strategie nicht ernst genug. Um die Transportwege zu verkürzen, müssten die Hofschlachtungen durch versierte handwerkliche Fleischhauer dem Schlachthof gleichgestellt und nicht als Ausnahme betrachtet werden, erklärte Lins. Europaabgeordnete **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP, begrüßte den lange geforderten Vorstoß der EU-Kommission zur lokalen Schlachtung, zeigte sich jedoch nicht überzeugt von dessen Praxistauglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit (aiz.info berichtete).

Durch Hofschlachtungen werde die Gesundheit der Konsumenten nicht gefährdet, konterte **Ulrike Müller** von den Liberalen. Hygiene- und Fleischskandale gebe es im großen Schlachthof und nicht in der Landwirtschaft, betonte

Martin Häusling von den Grünen. Den angekündigten Vorschlag der EU-Kommission sieht Häusling als einen Rückschritt an, wenn es um kürzere Transportwege geht. (Schluss) mö

Strasser bekräftigt: Nein zu Handelsabkommen Mercosur

Regierungsparteien einig: Antrag im Landwirtschaftsausschuss eingebracht

Wien, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Mit einem klaren Nein zum Handelsabkommen Mercosur in der derzeitigen Form positionierte sich Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** gemeinsam mit dem Koalitionspartner im heutigen Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft. "Mit uns wird es kein Mercosur-Abkommen in dieser Form geben, das haben wir heute nochmals verdeutlicht", so der Bauernbund-Präsident. * * * *

In den vergangenen Wochen haben sich europaweit viele Gegner des Handelsabkommens deklariert. Erst vergangene Woche ließ der französische Außenhandels-Staatssekretär ausrichten, dass Frankreich das ausgehandelte EU-Handelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten vorerst nicht ratifizieren will. Hintergrund: Frankreich lehnt das Abkommen in seiner jetzigen Form ab und verlangt Garantien zur Einhaltung von Umweltstandards.

Folgen für Umwelt und Landwirtschaft wären fatal

"Die Europäische Union will beim Klimaschutz und in Sachen Biodiversität eine globale Führungsrolle übernehmen. Erreicht werden soll dieses Ziel in Europa durch die Umsetzung des Green Deals, der deutlich höhere Standards für die europäische Land- und Forstwirtschaft bringen wird. Es ist nicht nachvollziehbar, dass man in der EU die Standards für die Bäuerinnen und Bauern deutlich anheben will und gleichzeitig Handelsabkommen mit Staaten abschließt, in denen der Umwelt- und der Klimaschutz eine untergeordnete Rolle spielen", so Strasser in Richtung EU-Kommission.

"Unsere Bauernfamilien produzieren Lebensmittel höchster Qualität und zu höchsten Standards. Was nützen unsere Bemühungen und Kosten, wenn schließlich der Markt mit billigen Lebensmitteln aus Übersee geflutet wird und unsere regionalen Produkte aus dem Markt gedrängt werden? Gerade die Pandemie hat uns gezeigt, dass wir uns darauf konzentrieren sollten, die Selbstversorgung mit Lebensmitteln aus Österreich und Europa zu steigern", betont Strasser. "Zusätzlich müssen wir davon ausgehen, dass eine Ausweitung der Produktion von Soja und Rindfleisch in Brasilien mit der Abholzung von Regenwald einhergeht. Wir können nicht in Europa mehr Biodiversität einfordern und gleichzeitig in Südamerika den Verlust von Biodiversität fördern", gibt Strasser zu bedenken.

Autos gegen Rindfleisch und Zucker = No Deal

Mit dem Antrag im heutigen Landwirtschaftsausschuss gemäß dem Regierungsprogramm (Seite 179) ist die Ablehnung des Mercosur-Handelsabkommens in der derzeitigen Form klar festgeschrieben. Das grundsätzlich positive Bekenntnis zu einer ökosozialen Marktwirtschaft und zur Stärkung der österreichischen Exportwirtschaft bleibt bestehen. "Qualitäts- und Produktstandards müssen auch für Importe gelten. Genauso wenig abgebildet sind die Standards bei Umwelt- und Klimaschutz, gegen Entwaldung oder Sozialdumping. All das ist im Vorschlag zum jetzigen Mercosur-Abkommen nicht gewährleistet. Eine Politik zugunsten der Handelslobby und gegen die heimische Landwirtschaft ist inakzeptabel", so Strasser. (Schluss) APA OTS - 2021-02-09/12:59

Landwirtschaftsausschuss diskutierte Grünen Bericht 2020 und stagnierende Einkünfte

Strasser: Bauern müssen mit ihren Einkommen wieder auskommen können

Wien, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Im Jahr 2019 blieben die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft gegenüber dem Vorjahr stabil. Sie beliefen sich im Durchschnitt auf 27.966 Euro je Betrieb. Damit konnte jedoch der Einkommensverlust von 10% gegenüber den Jahren 2016 und 2017 nicht wettgemacht werden. "Zehn Jahre nominell stagnierende Einkommen zeigen, dass die Bauernfamilien unsere Unterstützung brauchen. Die Bäuerinnen und Bauern müssen mit ihren Einkommen wieder auskommen können. Sonst steht auch die Selbstversorgung der österreichischen Bevölkerung auf dem Spiel. Deshalb hat die Bundesregierung ein 400 Mio. Euro-Maßnahmenpaket geschnürt", hob heute, Dienstag, ÖVP-Landwirtschaftssprecher und Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** anlässlich der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses im Parlament, hervor, bei dem der Grüne Bericht auf der Tagesordnung stand. * * * *

"Die Produktions- und Absatzmöglichkeiten unserer Landwirte im vergangenen Jahr waren aufgrund von Corona und den Lockdowns schwierig bis dramatisch", warnte ÖVP-Abgeordneter **Klaus Lindinger** davor, sich von den Zahlen und Entwicklungen des Jahres 2019 beeindrucken zu lassen. "Was wir dringend brauchen, ist Planbarkeit und Stabilität der Rahmenbedingungen vor allem in der Gemeinsamen Agrarpolitik. Denn mehr als die Hälfte der finanziellen Mittel, die in Österreich für eine funktionierende Landwirtschaft sorgen, kommen von der EU", will Lindinger im umfangreichen Diskussionsprozess rund um den nationalen GAP-Strategieplan die Positionen der Jungbauern berücksichtigt wissen. "Wir Junglandwirte wollen unsere Betriebe weiterführen, nicht nur um zu überleben, sondern auch um die Menschen mit lebensnotwendigen bäuerlichen Produkten zu versorgen. Wir sehen das nicht nur als Beruf, sondern auch als zukunftsweisende Berufung im Sinne von Nachhaltigkeit und Lebensqualität", forderte Lindinger die Beibehaltung der Existenzgründungsbeihilfe sowie der Top-up für die Direktzahlung in bisheriger Höhe.

Größtes Entlastungspaket vorgelegt

Strasser verdeutlichte zudem die Notwendigkeit des 400 Mio. Euro schweren Unterstützungspaketes für die heimische Landwirtschaft, welches unter anderem eine vorgezogene Steuerentlastung sowie einen Waldfonds zur Abmilderung von Waldschäden, für Wiederaufforstungen und für Investitionen in den Klimaschutz beinhaltet. "Bundeskanzler Sebastian Kurz und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger haben damit das bislang größte Entlastungspaket seit vielen Jahren für die Land- und Forstwirtschaft vorgelegt", so Strasser. Wie wichtig diese Maßnahme war, zeige auch der Grüne Bericht, in dem sich vor allem die Lage für die österreichische Forstwirtschaft im Jahr 2019 besorgniserregend darstelle. Aufgrund des Klimawandels sei es zu neuen Schadholzrekorden und damit verbundenen Preisrückgängen gekommen.

Strasser hob zudem den Verlustersatz für die Landwirtschaft hervor, der für stark betroffene Betriebe in der Landwirtschaft gerade in der Corona-Krise eine wesentliche Hilfsmaßnahme sei. "Mit diesem Modell können Einkommensverluste besonders stark betroffener Branchen, wie aktuell beispielsweise die Schweinebranche oder die Weinbauern, abgedeckt werden. 60 Mio. Euro stehen für die am stärksten von der Corona-Krise betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe rasch und unbürokratisch zur Verfügung."

Strasser ging auch auf die Exportsituation ein. So stiegen die Exporte laut dem Grünen Bericht um 6,8% auf 12,3 Mrd. Euro, bei den Importen gab es eine Steigerung um 4,6% auf 12,7 Mrd. Euro. "Was die Zahlungen aus den EU-, Bundes- und Landestöpfen betrifft, ist es im Berichtsjahr 2019 zu einer Steigerung auf insgesamt 2,147 Mrd. Euro gekommen. Dies bedeutet einen Anstieg um rund 2,4% beziehungsweise 51 Mio. im Vergleich zu 2018", so der Mandatar abschließend. (Schluss)

Aufzeichnungspflichten im ÖPUL und Verbotszeiträume bei der Stickstoffdüngung

AMA: Fristen sind unbedingt streng einzuhalten

Wien, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Die Agrarmarkt Austria (AMA) weist darauf hin, dass bei den Maßnahmen "Vorbeugender Grundwasserschutz auf Ackerflächen" und "Wasserrahmenrichtlinie - Landwirtschaft" Aufzeichnungen zu führen und Verbotszeiträume bei der Stickstoffdüngung einzuhalten sind. * * * *

Aufzeichnungspflichten

Bei Teilnahme an der Maßnahme "Vorbeugender Grundwasserschutz auf Ackerflächen" sind zusätzlich zu den Aufzeichnungsverpflichtungen im Rahmen der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung für Ackerflächen innerhalb der Gebietskulisse Aufzeichnungen über die Stickstoff-Düngung durchzuführen.

Die Dokumentation über die schlagbezogene Düngeplanung hat bis 28. Februar zu erfolgen, die schlagbezogene Aufzeichnung (u.a. Ausbringungsdatum und Aufwandmenge bei Düngung) hat tagaktuell zu erfolgen. Die schlagbezogene Düngebilanz sowie die betriebliche Stickstoffbilanz müssen bis 31. Dezember abgeschlossen sein.

Für diese Aufzeichnungen sind die Vorgaben des Anhang J beziehungsweise des Anhang I der Sonderrichtlinie ÖPUL 2015 zu berücksichtigen. Die Sonderrichtlinie und deren Anhänge können unter folgendem Link aufgerufen werden: www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Recht.

Alle Aufzeichnungen sind am Betrieb aufzubewahren. Die korrekte Führung wird im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen überprüft. Vorlagen für die Aufzeichnungsbögen sind hier zu finden: www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter.

Die zur Verfügung gestellten Vorlagen müssen nicht zwingend verwendet werden. Es sind auch formlose oder EDV-geführte Aufzeichnungen sowie von den Landwirtschaftskammern oder anderen Organisationen zur Verfügung gestellte Formulare und Aufzeichnungsprogramme zulässig, wenn die notwendigen Angaben enthalten sind.

Bei gleichzeitiger Teilnahme an der Maßnahme "Wasserrahmenrichtlinie - Landwirtschaft" ist zusätzlich auf die Einhaltung der Aufzeichnungsverpflichtung gemäß § 5 des Grundwasserschutzprogramms Graz bis Bad Radkersburg zu achten.

Stickstoff-Verbotszeiträume

Gemäß der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung (Cross Compliance) enden für alle stickstoffhaltigen Düngemittel die Stickstoff-Verbotszeiträume in den Kulturen wie folgt: Bei Winterraps, Wintergerste, Sommerdurum, Sommergerste und Kulturen unter Vlies oder Folie ist der letzte Tag des Ausbringungsverbots der 31. Jänner, auf allen anderen landwirtschaftlichen Nutzflächen der 15. Februar. Darüber hinaus gilt es, einige Vorgaben zu beachten. Dazu zählen das Verbot der Ausbringung von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf wassergesättigten, überschwemmten, gefrorenen oder schneebedeckten Böden, die zeitlich und mengenmäßig bedarfsgerechte Düngung, strengere Vorgaben in Schutz- und Schongebieten sowie zusätzliche Einschränkungen durch ÖPUL-Maßnahmen. Ende des Stickstoff-Verbotszeitraumes laut ÖPUL-Maßnahme "Vorbeugender Grundwasserschutz auf Ackerflächen": Übersichtstabellen zum Ende des Stickstoff-Verbotszeitraumes bei unterschiedlichen Kulturen laut der ÖPUL-Maßnahme "Vorbeugender Grundwasserschutz auf Ackerflächen" sowie zum Ende des bewilligungspflichtigen Zeitraumes für die Ausbringung stickstoffhaltiger Düngemittel laut der "Wasserrahmenrichtlinie - Landwirtschaft" sind auf der AMA-Homepage zu finden. (Schluss)

Biomasse-Verband begrüßt Kesseltausch-Offensive

"Raus aus Öl und Gas"-Förderung sorgt für Arbeitsplätze und Klimaschutz

Wien, 9. Februar (aiz.info). - Der Österreichische Biomasse-Verband begrüßt die Förderoffensive für die Sanierung und den Ausstieg aus Öl- und Erdgasheizungen des Bundesministeriums für Klimaschutz, die heute vorgestellt wurde. Insgesamt steht nunmehr ein Budget von 650 Mio. Euro in den Jahren 2021 und 2022 für die Förderwerber bereit. "Die deutliche Aufstockung der Förderungen ist ein wichtiges Zeichen für die Biomasse-Branche, die Wertschöpfungskette Holz und die Energiewende im Wärmebereich. Erstmals werden die Förderungen mehrjährig vergeben, was die Planungssicherheit für Haushalte und die ausführenden Unternehmen wesentlich erhöht", erklärt Verbandspräsident **Franz Titschenbacher**. * * * *

"Die Leitbetriebe der heimischen Holzesselindustrie konnten vergangenes Jahr trotz der Corona-Krise um ein Drittel mehr Mitarbeiter beschäftigen als im Jahr zuvor. Durch die Aufstockung der Förderkontingente erwarten wir einen weiteren Beschäftigungsschub. Wer mit Holz heizt, sorgt für heimische Wertschöpfung, hilft dem Wald und schützt das Klima", unterstreicht Titschenbacher.

Kessel-Branche boomt

Neben der Senkung des Energieverbrauchs werden im Rahmen der "Raus aus Öl und Gas"-Förderung der Tausch eines Gas- beziehungsweise Ölkessels durch ein erneuerbares Pendant sowie der Fernwärmeanschluss unterstützt. Wer in der Sanierung auf Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen setzt, darf sich auf 50% mehr Unterstützung freuen. Die Förderungen können rückwirkend ab dem 1. Jänner beantragt werden.

Österreich ist in der Bioenergie führend. Sowohl der Brennstoff Holz als auch die Kesseltechnik stammen größtenteils aus dem Inland. Als Brennstoffe kommen Nebenprodukte aus der nachhaltigen Forstwirtschaft und der Holzindustrie zum Einsatz. Die "Raus aus Öl"-Förderung für Holzheizungen

hat den Markt bereits in den vergangenen Jahren deutlich stimuliert: Nach einem Plus von 18% im Jahr 2019 konnten Holzheizungen im Vorjahr nochmals um 8% zulegen. Damit wurden fast 13.000 Holzheizungen in Österreich eingebaut, rund 70% davon waren auf Pelletsbasis. In Österreich müssen rund 600.000 Ölheizungen und 900.000 Erdgasheizungen durch erneuerbare Energiesysteme ersetzt werden. (Schluss)

Energieagentur: Abschied von Öl- und Gasheizungen bringt viele Vorteile

Traupmann: Müssen unabhängig von internationalen Krisenregionen werden

Wien, 9. Februar 2021 (aiz.info). - "Die Förderoffensive 'Raus aus Öl und Gas' des Klimaschutzministeriums schafft deutliche finanzielle Anreize für die Modernisierung von Gebäuden und für neue Heizungen ohne Öl und Erdgas. Das bedeutet größere Unabhängigkeit von Energiepreisschwankungen und vor allem einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Darüber hinaus bringt die Modernisierung von Gebäuden und Heizungen mehr Wohnkomfort. Aber auch Kaufkraft und Jobs in Österreich spielen eine Rolle", betont **Peter Traupmann**, Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur. * * * *

"Wer sich von Öl und Erdgas verabschiedet, macht sich auch unabhängig von bösen Überraschungen beim Preis", betont Traupmann. Die Rohölpreise und damit auch die Heizölkosten würden sehr stark von oft unberechenbaren internationalen Ereignissen, den Absprachen des OPEC-Kartells, Handelskriegen oder etwa auch der Corona-Pandemie beeinflusst. "Auch wenn der Ölpreis lange Zeit auf niedrigem Niveau war, kann das Pendel schnell in die andere Richtung ausschlagen. Der Trend zeigt bereits wieder nach oben", so der Geschäftsführer.

Kaufkraft in Österreich halten

Im Jahr 2019 wurden netto 10,8 Mrd. m³ Erdgas importiert, zum Großteil aus Russland. Bei Rohöl betragen die Einfuhren 8,6 Mio. t. An der Spitze der Importländer stand Kasachstan mit 3,36 Mio. t, gefolgt von Libyen mit 1,85 Mio. t und dem Irak mit 1,35 Mio. t. Aus Aserbaidschan, in dem Ende 2020 Krieg herrschte, kamen 980.000 t. "Wir sprechen von einem Kaufkraftabfluss von insgesamt rund 9 Mrd. Euro für fossile Energieträger. Mit diesem Geld unterstützen wir zumeist wenig demokratische Regime und begeben uns in Abhängigkeiten. Wenn wir uns von Öl, Erdgas und Kohle befreien, ist das also bei Weitem nicht nur aus ökologischen Gründen sinnvoll", erläutert Traupmann.

Notwendiger Rückenwind für den Arbeitsmarkt

"Werden alle 600.000 Ölheizungen in Österreich ausgetauscht, ergibt sich ein Investitionsvolumen von rund 12 Mrd. Euro, der ebenfalls notwendige Tausch von Gaskesseln ist hier noch gar nicht enthalten. Durch ein derart klimafreundliches Konjunkturprogramm werden nicht nur bestehende Jobs gesichert. Für die Modernisierung von Gebäuden und Heizsystemen werden auch zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht. Das ist bei der aktuell dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt eine gute Botschaft. Allerdings braucht es rasch Initiativen zur entsprechenden Ausbildung beziehungsweise Umschulung", so Traupmann.

proPellets Austria begrüßt neue Förderungen für Energiewende beim Heizen

Auch Christian Rakos, Geschäftsführer von proPellets Austria, sieht in der Förderoffensive "Raus aus Öl und Gas" die richtige Antwort auf die Klimakrise und die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. "Die schon im letzten Jahr verfügbaren großzügigen Bundesförderungen haben in der Pelletswirtschaft einen substanziellen Wachstumsimpuls ausgelöst - trotz Corona kam es 2020 zu einer Steigerung des Absatzes von Pelletsheizungen um 20% gegenüber dem Vorjahr. Die Fortsetzung dieser Politik über die kommenden beiden Jahre signalisiert, dass die Regierung es ernst meint mit der Energiewende", freut sich Rakos.

Tausende Arbeitsplätze geschaffen

"Derzeit investieren eine ganze Reihe von heimischen Leitbetrieben, die Pelletheizungen herstellen, massiv in die Ausweitung ihrer Produktionskapazität. Diese wird teilweise verdoppelt und zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen. Auch bei der Pelletsproduktion sehen wir eine kräftige Investitionstätigkeit, obwohl Österreich schon heute um die Hälfte mehr Pellets produziert, als wir im Inland benötigen", meint Rakos. Das kräftige Wachstum der Pelletswirtschaft löse auch erhebliche Beschäftigungseffekte bei der Zulieferindustrie sowie den Installationsbetrieben aus, die die Heizungen vor Ort montieren. "Mit diesem substanziellen Beitrag zum Klimaschutz werden in Summe viele Tausend Arbeitsplätze neu geschaffen", erwartet der Geschäftsführer.

Im vergangenen Herbst wies die Johannes-Kepler-Universität Linz in einer Studie den Ausbau erneuerbarer Energieträger als herausragenden Wertschöpfungs- und Beschäftigungsgenerator aus: Kurz- und langfristig ergeben sich demnach durch den forcierten Umstieg auf Erneuerbare in Österreich positive Effekte für das Bruttoinlandsprodukt und vor allem auch für die Beschäftigung. Durch die simultane Reduktion von CO₂-Emissionen wird eine doppelte Wirkung erreicht. Die in der Studie betrachteten Erneuerbaren können demnach in den nächsten zehn Jahren durch damit ausgelöste Investitionen im Umfang von zirka 4,5 Mrd. Euro pro Jahr eine Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes um durchschnittlich zirka 9,8 Mrd. Euro jährlich auslösen. Mehr als 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze können damit geschaffen werden, so die Studie. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Notierungen überwiegend stabil

EU-Schlachtrindermarkt: Notierungen überwiegend stabil

Wien, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Die europäischen Schlachtviehmärkte bewegen sich aktuell auf einem relativ stabilen Niveau. In Deutschland sind in den vergangenen Wochen die Jungstierpreise etwas angestiegen. Aktuell ist der Druck seitens der Schlachtunternehmen, die Notierungen zu reduzieren, etwas größer als zuletzt. Die Preise sind aber unverändert. Bei Schlachtkühen ist das Angebot in der BRD durchwegs knapp. In anderen EU-Ländern, die von Lockdowns betroffen sind, herrschen derzeit stabile Marktverhältnisse. * * * *

In Österreich ist diese Woche das Angebot, speziell bei Qualitätsstieren, etwas rückläufig und trifft auf eine nach wie vor gute Nachfrage seitens des Lebensmitteleinzelhandels. Durch die weiterhin geschlossenen Gastronomiebetriebe dürfte die Nachfrage des Handels auf einem guten Niveau bleiben. Die Preise für Jungstiere tendieren leicht nach oben. Bei Schlachtkühen ist das Aufkommen

etwas rückläufig und entspricht in etwa der Nachfrage. Die Exportsituation bleibt nach wie vor angespannt, speziell bei schweren Kühen. Die Kuhpreise sind stabil. Der Markt für Schlachtkälber präsentiert sich derzeit ausgeglichen, die Notierungen bleiben gegenüber der Vorwoche unverändert.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem höheren Preis von 3,50 Euro je kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden weiterhin 2,90 Euro gezahlt und für Schlachtkühe jetzt 2,02 Euro. Die Notierung für Schlachtkälber liegt unverändert bei 6,15 Euro. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Inländische Händler gut mit Ware versorgt

Erzeugerpreise auf dem Niveau der Vorwochen fortgeschrieben

Wien, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt präsentiert sich derzeit recht unaufgeregt. Bei anhaltend hoher Abgabebereitschaft der Landwirte sind die Händler entsprechend gut mit Ware versorgt, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. Absatzseitig gibt es keine neuen Impulse. Am Inlandsmarkt läuft der Verkauf an den heimischen Lebensmitteleinzelhandel weiterhin auf zufriedenstellendem Niveau. Keine Besserungen gibt es aus der Gastronomie- und der Tourismusbranche zu vermelden, auch das Exportgeschäft bleibt schwierig. Die Erzeugerpreise werden daher auf dem Niveau der Vorwochen fortgeschrieben. In Niederösterreich werden für mittelfallende Ware meist 12 Euro/100 kg bezahlt. Übergrößen werden um 5 bis 8 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpäckungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 18 Euro/100 kg zu erzielen. * * * *

In Deutschland berichteten die Marktbeteiligten von einer zufriedenstellenden Nachfrage nach Speisekartoffeln. Trotz des nach wie vor bestehenden Stillstandes in der Gastronomie sorgten die Bestellungen des Lebensmitteleinzelhandels für ein zumindest stetig verlaufendes Absatzgeschäft. Die zur Verfügung stehenden Angebotsmengen fallen nicht mehr ganz so drängend aus. Insbesondere Premiumware steht nicht mehr umfangreich zur Verfügung, während abfallende Qualitäten nach wie vor überaus reichlich vorhanden sind. Trotz der geringeren Verfügbarkeit guter Qualitäten gelang es bislang nicht, höhere Erlöse dafür am Markt durchzusetzen. Die Erzeugerpreise wurden daher auf dem Vorwochenniveau fortgeschrieben. Im Bundesdurchschnitt wurden für qualitativ einwandfreie Speisekartoffeln zuletzt meist 10 bis 11 Euro/100 kg bezahlt. (Schluss)

OÖ Bauernbund: AMA-Gütesiegel steht für 100% Österreich

Produktion und Verarbeitung muss im Inland erfolgen

Linz, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Das AMA-Gütesiegel ist das bekannteste Gütesiegel am österreichischen Lebensmittelmarkt und steht für heimische Produktion und Spitzenqualität. Über 45.000 landwirtschaftliche Betriebe produzieren für das AMA-Gütezeichen. In weiterer Folge werden ihre Produkte von knapp 800 Betrieben weiterverarbeitet, zum Kauf verfügbar gemacht und mit dem AMA-Gütesiegel versehen. Damit ein Produkt dieses Siegel erhält, muss es nicht nur in Österreich hergestellt, sondern auch verarbeitet werden. Dies gilt für alle (Teil-)Zutaten, sofern diese in Österreich herstellbar sind. Es darf also keiner der Produktionsschritte im Ausland stattfinden. Diese Kriterien werden streng überprüft. * * * *

Umso mehr Verwirrung entsteht, wenn das AMA-Gütesiegel gemeinsam mit einer ausländischen Adresse auf der Verpackung abgedruckt ist. "Dabei muss es sich nicht automatisch um eine Mogelverpackung handeln, wie viele zunächst vermuten würden", erklärt der Obmann des OÖ Bauernbundes, **Max Hiegelsberger**. So könne zum Beispiel eine deutsche Adresse angeführt sein, wenn der Zentraleinkauf in Deutschland gesteuert wird. Das sage jedoch nichts über die Herkunft der Lebensmittel aus. "Wenn das Produkt in all seinen Phasen in Österreich produziert wurde, ist das AMA-Gütesiegel gerechtfertigt", bekräftigt Hiegelsberger. Mit dem Kauf von AMA-Gütesiegel-Lebensmitteln werde die Arbeit heimischer Bäuerinnen und Bauern, die regionale Herstellung und die Umwelt aufgrund kurzer Transportwege unterstützt. "Dem AMA-Gütesiegel können sie vertrauen. Hier weiß man definitiv, was drin ist und zwar 100% Österreich", so der OÖ Bauernbund-Obmann.

Dass AMA-Gütesiegel-Produkte nicht nur für die heimische Wertschöpfung, sondern auch für die Umwelt förderlich sind, belegen statistische Daten, wonach importierte Produkte eine durchschnittlich 51-mal längere Wegstrecke zurücklegen als regionale. Damit entsteht im Vergleich zu Lebensmitteln aus der Region eine 32-mal höhere CO₂-Belastung.

AMA Genuss Region-Gütesiegel

Um den Trend hin zu mehr Regionalität weiter zu fördern, präsentierte die AMA 2020 ein weiteres Gütesiegel: Die "AMA Genuss Region". Hier liegt der Fokus auf der Stärkung bäuerlicher Direktvermarkter, Manufakturen und der Gastronomie. "Frei nach dem Motto 'Aus der Region. Für die Region. In die Welt.' positioniert sich Österreich damit als Kulinarik-Destination in Europa", zeigt sich Hiegelsberger erfreut.

Junge Leute achten immer mehr auf Qualität

Ein gesteigertes Bewusstsein für Qualität und Herkunft ist vor allem bei jüngeren Erwachsenen zu beobachten. So gaben in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie 64% der unter 20- bis 29-Jährigen an, mehr Geld für gute Qualität auszugeben. Hinzu kommt noch ein psychologischer Aspekt durch den Country-of-Origin-Effekt, der besagt, dass das Image des Herstellungslandes auf die Waren abfärbt. Ein Produkt, welches mit österreichischer Herkunft beworben wird, übernimmt also die positiven Eigenschaften des Landes. "Österreich ist Vorreiter in Sachen Qualität sowie im Tier- und Umweltschutz. Das resultiert aus der hervorragenden Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern und den extrem hohen Produktionsstandards. Sie sind dafür verantwortlich, dass österreichische Produkte ein solch positives Image haben und großes Vertrauen genießen", betont Hiegelsberger. (Schluss)

LK Burgenland zu neuen Einreisebedingungen für Pendler

Umfassendes Beratungs- und Informationsangebot wird von Betrieben stark angenommen

Eisenstadt, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Laut der Verordnung des Gesundheitsministers dürfen Berufspendler ab dem 10. Februar 2021 nur mehr mit einem gültigen negativen Corona-Test und einer Registrierung nach Österreich einreisen. Diese Verordnung betrifft vor allem auch die burgenländische Landwirtschaft. Aufgrund der aktuellen Arbeiten bei den Intensivkulturen (z. B. Wein-, Gemüse- und Obstbau), in der Tierhaltung und bald im Ackerbau sind diese Betriebe auf ihre Arbeitskräfte aus den umliegenden Staaten angewiesen. * * * *

Nach Bekanntgabe der Verordnung hat die Landwirtschaftskammer (LK) Burgenland diese Information rasch an ihre Mitgliedsbetriebe weitergeleitet und konnte bereits vorab viele offene Fragen persönlich, telefonisch oder auch digital beantworten. Wieder wurde die Webseite zur Informationsdrehscheibe. In den ersten Tagen waren allein über 9.000 Webseiten-Zugriffe auf die bereitgestellten COVID-19-Informationen zu verzeichnen.

Der Großteil der Landwirte hat seine Mitarbeiter zur Testung angemeldet und die Registrierung abgeschlossen. Jetzt ist es wichtig, dass ausreichend personelle Ressourcen an den Grenzübergängen sichergestellt werden, um Wartezeiten und Verzögerungen bei der Einreise nach Österreich entgegenzuwirken, so der Appell der Interessenvertretung, die weitere Details zu den Teststraßen und der Abwicklung auf ihrer Webseite www.lk-bgld.at anbietet. (Schluss)

Grabmann: Österreichische Bio-Landwirtschaft braucht weiterhin Perspektiven

Politische Verantwortung in der Marktentwicklung wahrnehmen

Innsbruck, 9. Februar 2021 (aiz.info). - "Die Bio-Landwirtschaft erbringt systemische Mehrleistungen in den Bereichen Umweltschutz, Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl, die im gegenwärtigen Entwurf zur Umsetzung der GAP in Österreich nicht ausreichend berücksichtigt werden. Hier braucht es noch substantielle Änderungen, damit die Bio-Landwirtschaft in Österreich zukunftsfähig bleibt und weiterhin für Bäuerinnen und Bauern eine Perspektive darstellt." Dies betonte die Obfrau von Bio Austria, **Gertraud Grabmann**, am Montag anlässlich der Eröffnung der Tiroler Bio-Bauerntage, welche heuer als Online-Veranstaltung abgehalten werden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die noch bis kommenden Freitag dauert, steht die Bedeutung der Bio-Landwirtschaft im Zusammenhang mit Herausforderungen wie der Klima- und Biodiversitätskrise sowie deren Rolle in der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik. * * * *

Grabmann erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die EU-Kommission das Ziel von 25% Bio-Landwirtschaft formuliert habe, als zentrale Maßnahmen im Rahmen der Strategien zur Förderung der Biodiversität beziehungsweise zur Umsetzung des Green Deal.

Die Obfrau von Bio Austria hob in der anschließenden Online-Podiumsdiskussion zudem den Aspekt der politischen Verantwortung in der Marktentwicklung hervor. "Es ist kein Geheimnis, dass der Markt auf dem Gebiet der Einpreisung von bäuerlichen Leistungen in den Bereichen Umwelt, Biodiversität,

Tierwohl und Klima für die Gesellschaft bei Lebensmitteln versagt", so Grabmann. Was die Bauern bräuchten, um diese Leistungen zu finanzieren, könnten sie nicht in vollem Umfang über die Erlöse durch Lebensmittel erwirtschaften, betonte sie. (Schluss)

Weißrussland baute 2020 Agrarexporte aus

Milch und Fleisch an der Spitze

Minsk, 9. Februar 2021 (aiz.info). - Aus Weißrussland sind 2020 Agrar- und Ernährungsgüter in einem Gesamtwert von rund 5,8 Mrd. USD (4,8 Mrd. Euro) exportiert worden, und damit um 4,3% mehr als im Jahr davor, teilte das Minsker Landwirtschaftsministerium am Montag mit. Als bedeutendste Exportposten haben sich traditionell Milch und Molkereierzeugnisse mit etwa 2,4 Mrd. USD (2,0 Mrd. Euro) sowie Fleisch und Fleischprodukte mit 972,8 Mio. USD (809 Mio. Euro) erwiesen. Überdurchschnittlich nahmen dabei unter anderem die Ausfuhren folgender Produkte zu: Mehl um 68,2% auf 9,7 Mio. USD (8,1 Mio. Euro), Rapsöl um 19% auf 243,9 Mio. USD (202,8 Mio. Euro), Zucker um 37,7% auf 152 Mio. USD (126,4 Mio. Euro) sowie Ölsaatenkuchen um 38% auf 190,4 Mio. USD (158,3 Mio. Euro). Die Zahl der Länder, die weißrussische Agrarprodukte importiert haben, stieg um zwölf auf 116 gegenüber dem Vorjahr. (Schluss) pom